

Krieg und Gedächtnis: Über historisches Begreifen und die gefährdete Erinnerung an den Holocaust - Ein Versuch, die neue Unübersichtlichkeit zu kartieren (Debatte)

Wiedemann, Charlotte

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiedemann, C. (2023). Krieg und Gedächtnis: Über historisches Begreifen und die gefährdete Erinnerung an den Holocaust - Ein Versuch, die neue Unübersichtlichkeit zu kartieren (Debatte). *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 43(1), 46-58. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v43i1.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Charlotte Wiedemann

Krieg und Gedächtnis
Über historisches Begreifen und die gefährdete
Erinnerung an den Holocaust. Ein Versuch, die neue
Unübersichtlichkeit zu kartieren
(Debatte)

I. Das Ende alter Gewissheiten

Was ist die Zukunft der Holocaust-Erinnerung? Die Frage hätte vor wenigen Jahren noch abwegig gewirkt. In Deutschland lag das Gedenken an die Auslöschung der Juden und Jüdinnen im sicheren Kasten staatlicher Verwahrung, besiegelt mit dem Attribut der Singularität. Gewiss, die viel beschworene Erinnerungskultur hatte sich längst abgelöst von den progressiven geschichtspolitischen Impulsen früherer Jahrzehnte; was einst als störende und verstörende Suche nach Täterschaft und historischer Wahrheit begann, war längst zum Affirmativen hin verschoben – zunächst zu einer willentlichen Selbstberuhigung der Deutschen, alsdann gar zur Selbstzufriedenheit. Erinnerung galt nun als Zauberwort für Erlösung, für eine „kathartische Freistellung“, wie es Volkhard Knigge formuliert, vormaliger Leiter der Gedenkstätte Buchenwald – Mittelbau/Dora.

Gleichwohl vermittelte die staatliche Gedenkpolitik samt ihrer rituellen Erstarrung aber auch eine positiv zu verstehende Stabilität, was spätestens zu Bewusstsein kam, als Angriffe auf die sogenannte Kultur der Schande von einer im Bundestag vertretenen Partei ausgingen. Wer immer in jüngster Zeit eine Öffnung der deutschen Erinnerungskultur forderte (und die Autorin zählt dazu), um eine Integration des Gedenkens an koloniale Verbrechen zu erreichen und eine Inklusion nicht-europäischer Sichtweisen, tat dies im Bewusstsein, dass die Holocaust-Erinnerung als solche einen unanfechtbaren Status genoss.

Wird dies auch in Zukunft so sein? Zweifel sind angebracht. An die Stelle vormaliger Gewissheiten ist seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine eine neue Unübersichtlichkeit getreten. Vom ersten Tag an war der Krieg auch ein Kampf um Erinnerung, um Geschichtspolitik und um das

moralische Erbe des Zweiten Weltkriegs, und dieser Kampf wurde keineswegs allein von Wladimir Putin geführt. Bald wurden in der Ukraine wie im Westen die Begriffe Holocaust, Endlösung und Auschwitz auf gegenwärtige Schrecken gemünzt, bei manchen geschah das aus Verzweiflung, bei anderen aus politischem Kalkül.

Nun sind Auschwitz-Analogien als solche gewiss nicht neu. Doch war die deutsche Öffentlichkeit damit stets zurückhaltender als etwa die US-amerikanische. Nun sind in erstaunlicher Geschwindigkeit neue Diskurslinien entstanden. Oft waren es just dieselben Stimmen: Kurz zuvor hatten sie noch mit dogmatischer Strenge auf der Singularität der Shoah bestanden, um auf diese Weise die Einbeziehung kolonialer Verbrechen zurückzuweisen; nun nannten sie Putin „den neuen Hitler“. Und wer eben erst einer postkolonialen Linken vorgeworfen hatte, sie relativiere den Judenmord, versenkte nun die Spezifik der NS-Verbrechen in einem wiederentdeckten Antitotalitarismus.

Bei flüchtiger Betrachtung entsteht hier zunächst der Eindruck moralischer Beliebigkeit. Eine neue Trivialisierung des Nationalsozialismus und die alte Ausgrenzung kolonialer Opfer lassen sich als zwei Gesichter desselben Phänomens verstehen: eines seelenlosen und im Kern desinteressierten Gedenkens. Tatsächlich sind wir jedoch mit einer neuen Realität größerer Komplexität konfrontiert. Krieg, Geschichtsrevisionismus, eine neue Mystifizierung des Westens und die sich radikalisierende Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs gegen missliebige Stimmen schaffen Schattenzonen, die sich einfachen Begrifflichkeiten entziehen. Blickt man dabei über Deutschland hinaus, dann sticht ins Auge, dass sich rechter Geschichtsrevisionismus häufig im Gewand einer umdefinierten Holocaust-Erinnerung zeigt, was das Bild zusätzlich verkompliziert.

Es geht also heute nicht mehr allein um eine Öffnung der deutschen Erinnerungskultur hin zu einem Geschichtsdenken der Inklusion und Solidarität, sondern zugleich um die Verteidigung des Holocaust-bezogenen Gedächtnisses gegen Aushöhlung und Missbrauch. Es war bereits zuvor ein intellektuell ärmlicher Ansatz, sich Inklusion als bloße Addition erinnerten Gewaltverbrechen vorzustellen. Heute wird deutlich, dass es um etwas viel Umfassenderes geht, nämlich um eine Neugründung historischen Begreifens.

II. Einschluss und Ausschluss

Wie lässt sich die neue Unübersichtlichkeit kartieren? Beginnen wir dort, wo noch am ehesten Klarheit zu gewinnen ist, nämlich bei der Beschreibung einer Dialektik von Einschluss und Ausschluss im deutschen Diskurs.

Der Einschluss: Institutionen und Politik in Deutschland beginnen zaghaft, sich für eine größere Bandbreite historischer Gedächtnisse zu öffnen und zumindest in Teilbereichen Verantwortung für koloniales Unrecht zu übernehmen, etwa durch Restitution kultureller Objekte an ihre Herkunftsländer. Solche Schritte verdienen es festgehalten und gewürdigt zu werden, gerade weil sie durch zivilgesellschaftlichen Druck gegen langjährige aggressive Abwehr errungen wurden.

Es gibt also durchaus, wenngleich unendlich langsam, institutionelle Entwicklungen in eine wünschenswerte Richtung, obwohl zugleich ein Gedankengut, das als „postkolonial“ markiert wird, von einflussreichen Feuilletonisten und Historikern vehemente Zurückweisung erfährt. Beides ist nicht unbedingt ein Widerspruch. Zumindest ein Teil der deutschen Öffentlichkeit scheint durchaus verstanden zu haben, dass die Integration des Erinnerns an koloniales Unrecht von der Verantwortung für den Holocaust nichts wegnimmt, sondern im Gegenteil die Übernahme einer zusätzlichen historischen Verantwortung bedeutet. Dies wird heute von 17-Jährigen oftmals leichter begriffen als von manchen Größen der etablierten Geisteswelt.

Dem Einschluss neuer Perspektiven, mithin der Öffnung des Gedächtnis-Feldes, steht indes eine Praxis radikaler Verengung gegenüber, die sich vor allem durch die Instrumentalisierung von Antisemitismus-Vorwürfen zeigt. Das Insistieren auf der Singularität der Judenvernichtung verbindet sich neuerdings mit einem radikalisierten Insistieren auf einer Sui-generis-Natur des Antisemitismus, der resolut zu trennen sei von anderen Formen des Rassismus und des *othering*. Damit wird der Kampf gegen Antisemitismus sowohl von einem universalen Verständnis von Menschenrechten abgetrennt wie auch von der Möglichkeit gesellschaftlicher Allianzen gegen Diskriminierungen und vermehrt an eine bedingungslose Loyalität zu Israel gebunden.

Wer dieses Konstrukt in Frage stellt, wird mit dem Antisemitismus-Vorwurf belegt und damit aus einem legitimen Diskurs ausgeschlossen. Damit sei die deutsche Erinnerung an den Holocaust „auf dem Weg ins Nichts“, urteilt der israelische Historiker Alan Confino (2021): „Es mangelt an Menschlichkeit für die Opfer, egal wer sie sind.“

Einschluss und Ausschluss markieren im Hinblick auf jenen „Deutschen Katechismus“, wie der australische Historiker Dirk Moses den Kanon erinnerungspolitischer Glaubenssätze nannte, zwei Tendenzen: Einerseits das zaghafte Anerkennen bisher exkludierter nicht-europäischer Gedächtnisse, andererseits eine radikalisierte Fortschreibung des Verständnisses von Singularität, die nun nicht mehr allein das Verbrechen als solches bezeichnet. „Auf die Singularisierung des Opferkollektivs folgte die Singularisierung des Staates, der im Namen dieses Opferkollektivs spricht“, schreibt der

Philosoph Sami Khatib. Israels fortgesetzter Verstoß gegen Völkerrecht begründe sich so durch das „singuläre Sicherheitsbedürfnis eines singulären Staates“ (Khatib 2022: 71). Vor welchem Dilemma gerade die deutsche Politik steht, seitdem Rechtsextreme in der israelischen Regierung sitzen, kann hier nur angedeutet werden.

Im Rahmen des autoritären Anti-Antisemitismus richten sich die Angriffe immer wieder gegen linke Juden und Jüdinnen, denen aufgrund ihrer politischen Position das Jüdisch-Sein abgesprochen wird. Eine in Israel schon länger bekannte Methode der Diffamierung; sie deutet beim Versuch, das Unübersichtliche zu kartieren, zu einer nächsten Wegmarke: dem gezielten Missbrauch von Erinnerung.

III. Der Missbrauch der Holocaust-Erinnerung

Rechte und rechtsradikale Positionen präsentieren sich zunehmend nicht mehr als Holocaust-Leugnung, sondern als Gebrauch und Missbrauch der Judenvernichtung für eigene Zwecke. Dieses Kapern der Erinnerung, *Hijacking* genannt, wird in einer Reihe von Ländern sichtbar, sie reichen von Ungarn und Polen über Israel und Großbritannien bis in die USA. Die Aneignung der Holocaust-Gedächtnisse mit der Absicht, sie für etwas völlig anderes als Empathie mit den jüdischen Opfern zu benutzen, nimmt unterschiedliche Gesichter an – beginnend bei den gelben Sternen, die sich COVID-Leugner für ihre Proteste gegen staatliche Hygiene-Maßnahmen anhefteten, keineswegs nur in Deutschland, sondern auch in osteuropäischen Ländern. Rassistische, migrations- und islamfeindliche Einstellungen posieren als Verteidigung von Holocaust-Memory, wobei die beteiligten Gruppen und Parteien häufig auf gute Beziehungen zu Israel verweisen, um ihren eigenen Antisemitismus zu verdecken.

Ungarn fungiert nach Ansicht der Historikern Andrea Pető als „Labor für eine illiberale Erinnerungspolitik“. Der Begriff Holocaust werde entjudaisiert und an die Stelle der Juden als Opfer die ungarische Nation gesetzt. Unter Anspielung auf die einstige sowjetische Geschichtspolitik sagt Pető: „Erneut werden Juden unsichtbar gemacht.“¹ Die ungarische Beihilfe zu ihrer Deportation nach Auschwitz hat es diesem Geschichtsbild zufolge nicht gegeben, nur Ausländer waren Faschisten.

In Polen, wo es bereits gesetzlich verboten ist, über einheimische anti-jüdische Pogrome zu sprechen und über polnische Kollaboration mit den Nazis, setzen die regierenden Nationalpopulisten stattdessen das Narrativ

1 Vortrag auf der Konferenz *Hijacking Memory. Der Holocaust und die Neue Rechte*. Berlin, Juni 2022, <https://www.hkw.de/de/app/mediathek/video/91269>, letzter Aufruf: 3.4.2023.

der rechtschaffenen Polen und Poleninnen durch, die Juden gerettet hätten. Es kursiert auch der Begriff „Polocaust“, in dem die Nation das Opfer von Hitler und Stalin ist.

Das Judenretter-Narrativ ist auch in Bulgarien populär, wo der Staat damit die historische Forschung jüngerer Zeit, die neue Erkenntnisse über Kollaboration und Hilfe bei der Judenvernichtung ans Tageslicht brachte, schlichtweg ins Reich der Phantasmen verweist. Ausgerechnet die größte israelische Rüstungsfirma sponserte die Publikation eines Buchs, das die verzerrte Sichtweise verbreitete – historisches Weißwaschen im Tausch gegen lukrative Waffengeschäfte (vgl. Segal & Goldberg 2022).

In den Niederlanden versucht die Rechtsaußen-Partei „Forum für Demokratie“, sich die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung anzueignen, indem sie die vorherrschende Gedenkpraxis als Totalitarismus einer linken Elite anprangert und sich selbst an die Stelle jüdischer Opfer setzt (vgl. Contreras 2022). In den USA sponsert wiederum das *American Israel Public Affairs Committee* zahlreiche Abgeordnete, die dezidierte Anhänger der rassistisch-antisemitischen Ideologie einer drohenden „Umvolkung“ sind, mit dem Ziel, künftig durch einen erneuten Wahlsieg Donald Trumps die amerikanische Zustimmung für eine verschärfte Okkupations- oder Annexionspolitik in Israel-Palästina sicherzustellen.

Das Panorama an verzerrten und gekaperten Gedächtnissen stellt alle, die sich verpflichtet fühlen, das Andenken an die Shoah zu bewahren, vor neue große Herausforderungen. Und wie in den überdrehten Plots von Politthrillern wirkt die Verquickung politischer Ziele mit dem Missbrauch historischen Leids zuweilen so unglaublich konstruiert, dass jene, die darüber aufklären wollen, in den Geruch geraten, sie hingen Verschwörungstheorien an. Auch dies ist beabsichtigt.

Die Aufklärung selbst wird wiederum kaum in Deutschland betrieben, sondern über englischsprachige Plattformen wie den *New Fascism Syllabus*²: Dort wird debattiert, was hierzulande öffentlich kaum sinnvoll erörtert werden kann.

IV. Die Schambarriere

Die internationalen Verschlingungen des Revisionismus zu erkennen, ist eine intellektuelle und investigative Aufgabe erster Ordnung, sofern man das Holocaust-Gedächtnis bewahren möchte. Deutschland wäre dafür prädestiniert, doch gerade hier gibt es starke Widerstände, den Missbrauch der Erinnerung zu begreifen und beim Namen zu nennen.

2 <http://newfascismsyllabus.com/>, letzter Aufruf: 3.4.2023.

Eine Art Schambarriere hält davon ab zu erkennen, wie der Revisionismus bei den gesellschaftlichen und politischen Eliten in Staaten vormaliger Opfer des Nationalsozialismus voranschreitet; diese Barriere trug in der Vergangenheit bereits dazu bei, den Charakter des russischen Regimes zu verkennen und Russland zu sehr mit der Leidensgeschichte der überfallenen Sowjetunion in eins zu setzen. Besonders wirksam ist die Wahrnehmungsblockade indes gegenüber Israel und seiner Rolle beim Missbrauch der Erinnerung. Denn hier steht ein ganzes ideologisches Gebäude auf dem Spiel: die unbedingte Loyalität zum sogenannten jüdischen Staat samt deutscher Staatsraison (vgl. dazu auch Wiedemann 2022).

Kaum wird je über den Umstand reflektiert, dass die Gedenkstätte *Yad Vashem* in der Gestalt von Dani Dayan von einem rechten Ideologen und vormaligen Anführer der Siedlerbewegung geleitet wird. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass es der Zentralrat der Juden in Deutschland lange versäumte, auf Abstand zur einer sich kontinuierlich nach rechts verschiebenden israelischen Regierungspolitik zu treten und lieber als deren verlängerter Arm agierte, etwa als der geachtete Leiter des Jüdischen Museums in Berlin aus dem Amt gedrängt wurde. Avraham Burg, früherer Knesset-Sprecher und einstiger Vorsitzender der *Jewish Agency* wie der *World Zionist Organization*, brachte all dies auf folgende Formel: „Der konservative und rassistische Flügel der israelischen Rechten verwaltet indirekt Deutschlands Gefühle in Bezug auf Juden, Antisemitismus und Israel.“ (Burg 2022)

Seit dem Amtsantritt einer Rechtsaußen-Regierung, die nun sogar von vielen Israelis bekämpft wird, ist das Dilemma der deutschen Israel-Politik offenkundig. Doch umsteuern fällt anscheinend schwer, nachdem die unkritische Haltung gegenüber israelischem Regierungshandeln so lange mit der Verantwortung für die Shoah in eins gesetzt wurde. Gegenüber der Gefahr eines jüdischen Faschismus – ein Begriff, der in Israel nicht gescheut wird –, wirkt die deutsche Politik wie gelähmt.

V. Östliche Dynamiken

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine verschieben sich Parameter der Gedenkpolitik von Osten nach Westen. Mit anderen Worten: Der Krieg hat Auswirkungen auf eine zuvor bereits vorhandene Ost-West-Spaltung des Erinnerns und stärkt nun osteuropäische Ansichten, die in Westeuropa bisher als manifest oder latent revisionistisch galten.

Es stehe eine erinnerungspolitische Mauer zwischen West- und Osteuropa, zwischen den Ländern mit und ohne kommunistische Erfahrung, so argumentierte in Vorkriegszeiten bereits das estnische *Institute of Historical*

Memory in Talinn. Im Westen werde nicht erkannt, dass Nationalsozialismus und Stalinismus Verbrechen in vergleichbarer Größenordnung begangen hätten. Diese Sichtweise prägt auch die sogenannten Okkupationsmuseen im Baltikum; in der Praxis des Gedenkens, etwa in der Errichtung von Mahnmalen, dominiert dann die Erinnerung an die Opfer stalinistischer Verbrechen deutlich die Erinnerung an die Shoah.

Das ist selbst in Litauen der Fall, wo 95 Prozent der einheimischen Juden und Jüdinnen ausgelöscht wurden. In keinem anderen nationalsozialistisch besetzten Land war das Ausmaß des Tötens so dicht an dem, was der Begriff „Endlösung“ meinte. Dennoch zählen die jüdischen Opfer anders als die stalinistisch Deportierten nicht zum national bedeutsamen Eigenen. Ähnlich ist es in Lettland.

Die Europäische Union, die US-Regierung sowie internationale jüdische Organisationen haben seit der Umwälzung von 1990 osteuropäische jüdische Gemeinden bei der historischen Aufarbeitung unterstützt; das nährte zum Teil die missgünstige Interpretation, der Holocaust sei eben eine Angelegenheit der Juden und des Westens.

Der Wunsch, geopolitisch zu eben diesem Westen zu gehören, habe zugleich eine oberflächlich an den Tag gelegte erinnerungspolitische Anpassung hervorgebracht, stellte die Politikwissenschaftlerin Jelena Subotic bei ihren Forschungen fest.³ So richtete das litauische „Museum der Genozid-Opfer“, in dem es fast ausschließlich um sowjetische Verbrechen ging, zunächst eine kleine Holocaust-Ausstellung ein, um internationaler Kritik zu begegnen. Nachdem 2018 ein jüdischer Historiker in der *New York Times* die Anschuldigung erhob, ein derartiges Genozid-Museum verkörpere eine Variante von Holocaust-Leugnung, änderten die Verantwortlichen den Namen in *Museum of Occupations and Freedom Fights*, allerdings vorerst nur in der englischsprachigen Präsentation, für den Blick von Ausländern.

Für derartige Anpassungen, so zweifelhaft sie ohnehin waren, besteht nunmehr weniger Anlass. Das wachsende Gefühl der Bedrohung durch den russischen Imperialismus wirkt wie ein rückwirkendes Gütesiegel für ein einseitiges Geschichtsbild.

Nur jenen Teil von Geschichte zuzulassen, der ins eigene nationale oder nationalistische Bild passt, markiert den Trend einer neuen, rechtsgewirkten Erinnerungskultur. Die völkischen Gifte der Zwischenkriegszeit würden heute rehabilitiert, so der Historiker Volkhard Knigge. „Die Globalisierung des Gedächtnisses geht einher mit einer extremen Partikularisierung auf nationaler Ebene.“⁴

3 <https://www.hkw.de/en/app/mediathek/video/91268>, letzter Aufruf: 3.4.2023.

4 <https://www.hkw.de/de/app/mediathek/video/91242>, letzter Aufruf: 3.4.2023.

VI. Forschung und Erinnerungskultur

Wer historische Tatsachen vor Verzerrung schützen will, darf indes nicht übersehen, dass Geschichtsschreibung ein Prozess ist, in dem immer wieder neu ausgehandelt wird, was „Wissen“ bedeutet. Das gilt umso mehr für ein so komplexes Geschehen wie den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg. Deshalb ist die konventionelle Erinnerungskultur heute nicht allein durch politisch motivierte Fehldarstellungen gefährdet, sondern auch durch ein Verwelken von innen heraus, nämlich durch die Unfähigkeit, neu hinzukommendes Wissen zu adaptieren. Und es sind seit der Zeit des Historikerstreits von 1986 wesentliche Erkenntnisse hinzugekommen. Sie betreffen sowohl den kolonialen Charakter des Ostfeldzugs der Wehrmacht wie die Beteiligung nichtdeutscher Kräfte an der Judenvernichtung in den besetzten Ländern.

Es bestehe heute „eine frappierende Kluft zwischen Wissenschaft und Erinnerungskultur“, resümiert der Holocaust-Historiker Michael Wildt. Der Begriff der Singularität bilde den Kenntnisstand der Forschungen der letzten Jahrzehnte nicht ab: Der Judenmord lasse sich aus einem „komplexen, miteinander verflochtenen, sich wechselseitig radikalisierenden Gewaltgeschehen“ nicht als singular vereinzeln gegenüber der Vernichtung anderer Menschengruppen. Der Holocaust, sagt Wildt (2022) in Anspielung auf eine berühmte Formulierung von Dan Diner, „ist kein Dementi anthropologischer Gewissheiten, sondern rassistische Anthropologie“.

Neuere Untersuchungen fanden in den besetzten Ländern Formen von Kollaboration, die besser als Kooperation beim Judenmord zu bezeichnen seien. Auch Kräfte, die aus nationalen Motiven unter hohen Kosten gegen die Besatzer kämpften, wollten durchaus die Juden aus ihren Gesellschaften entfernt sehen.

Während ein Teil der deutschen Öffentlichkeit weiterhin erschrocken reagiert, wenn die Worte Kolonialismus und Nationalsozialismus in einem Satz auftauchen, kennt die historische Forschung seit zwei Jahrzehnten den Begriff des NS-Kolonialismus, und manche Hinweise darauf sind atemberaubend präzise. Nichtdeutsche Gehilfen in den Vernichtungslagern, die meist unter sowjetischen Kriegsgefangenen rekrutiert wurden (darunter zahlreiche Ukrainer), hießen in der Umgangssprache von Wehrmacht und Einsatzgruppen „Askari“ – so wie drei Jahrzehnte früher die afrikanischen Hilfssoldaten in der Kolonie Deutsch-Ostafrika. Ein Wort arabischen Ursprungs, schlicht Soldat bedeutend, gelangte über Swahili in den Wortschatz der Kolonialherren und von dort an die Schauplätze der Shoah in Osteuropa.

VII. Krieg und Relativierung

Wie ältere historische Verzerrungen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine aktualisiert und in einen neuen Kontext gestellt wurden, illustriert der Verlauf der Debatte über die antijüdischen Gewalttaten ukrainischer Nationalisten in der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Obwohl es außer Zweifel steht, dass die *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) mehrere tausend Juden und Jüdinnen tötete und ihre Mitglieder als Polizisten oder in anderen Funktionen in die Ermordung einer viel größeren Zahl jüdischer Menschen involviert waren, schienen diese Verbrechen im Sommer 2022 wieder eine fragliche Angelegenheit zu sein – jedenfalls für jenen Teil der deutschen Öffentlichkeit, in welchem der (später abberufene) Botschafter Andrej Melnyk und seine Verehrung für den OUN-Führer Stepan Bandera durchaus Popularität genossen. Über einen nationalistischen Politiker, der seine Gefährten zum Massenmord inspirierte, dürfe man nicht so hart urteilen, da die Ukraine doch gerade um das Bestehen der Nation kämpfe, so lautete eine in den Sozialen Medien verbreitete Position. Oder schärfer noch: Wer die Beschönigung der Person Bandera jetzt kritisiere, falle der heroischen ukrainischen Nation in den Rücken.

Die Beihilfe zum Holocaust derart relativierend zu betrachten, löste keinen Aufschrei aus in einem Land, wo die Singularität des Judenmords stets eifrig beschworen wird.

Bandera-Fan Melnyk hatte bereits vor Beginn der russischen Invasion gefordert, in Berlin solle ein Denkmal zur ausschließlichen Erinnerung an die ukrainischen Juden errichtet werden, denn sie stellten die größte Opfergruppe im Holocaust. Eine fragwürdige Zählung, denn weite Teile der heutigen Westukraine gehörten damals völkerrechtlich zu Polen. Bemerkenswert aber, wie zwei eigentlich unvereinbar scheinende Elemente hier zusammengefügt werden: historische Täterschaft reduzieren, zugleich Opferkapital verstärkt reklamieren – ein Strukturelement der neuen nationalistischen Geschichtspolitik.

Es ist ein Gebot historischer Redlichkeit, gerade heutzutage an die Dimensionen der NS-Verbrechen in der Ukraine zu erinnern. Die deutschen Besatzer ermordeten dreieinhalb Millionen Zivilist:innen, davon waren mehr als anderthalb Millionen jüdisch. Weitere dreieinhalb Millionen Ukrainer starben als Soldaten der Roten Armee oder an Kriegsfolgen. Gleichwohl lösten die ukrainischen Städtenamen in deutschen Nachrichtensendungen kaum Assoziationen aus, ganz so, als sei Mariupol nicht bereits von der Wehrmacht in Schutt und Asche gelegt worden. Der Generalplan Ost sah die Ermordung und Deportation von dreißig Millionen Menschen vor; auf Basis

eines uralten deutschen Antislawismus, in der Wehrmacht tief verankert, wurden tausende von Dörfern dem Erdboden gleich gemacht. Und doch ist der NS-Terror gegen die nichtjüdische Zivilbevölkerung Osteuropas eine Leerstelle im Gedenken, der Indifferenz gegenüber den südlichen Opfern der Kolonialzeit durchaus verwandt.

Diese großen blinden Flecken im historischen Bewusstsein vieler Deutscher prägten die populäre Rezeption des Kriegsverlaufs. Dass Putin der neue Hitler sei, stand bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn auf den Schildern von Friedensdemonstrationen. Der Begriff Vernichtungskrieg kam in Gebrauch, noch bevor die russischen Streitkräfte, wie in Butcha, zu gezielten Angriffen auf Zivilisten übergingen. Willige Helfer, so wurden nun Russlands deutsche Partner in der bisherigen Energiepolitik genannt, eine Anspielung auf „Hitlers willige Vollstrecker“, der Titel von Daniel Goldhagens Untersuchung über die ganz normalen Deutschen im Nationalsozialismus. Als in Kiyiv ein russischer Soldat im ersten sogenannten Kriegsverbrecherprozess verurteilt wurde, erkannte eine „Spiegel“-Reporterin gar „die Banalität des Bösen“ im Gesicht des 21-Jährigen, nicht ohne hinzuzufügen, „vermutlich“ habe Eichmann größere Schuld auf sich geladen.

Bei einem Protest gegen „grüne Kriegstreiber“, der vermutlich von Rechtsaußen beeinflusst war, wurde vor Wirtschaftsminister Robert Habeck in Bayreuth die Forderung nach „Nürnberger Prozessen 2.0“ aufgepflanzt.

Das Überschreiben historischer Begriffe mag in gewissem Maße unvermeidlich sein. Aber dass es in Deutschland so eifertig geschieht, während zeitgleich mithilfe der Singularitätsthese missliebige Ansichten weiterhin diszipliniert werden, lässt an der ethischen Substanz der Erinnerungskultur zweifeln.

Was das Böse betrifft: Seit Kriegsbeginn hat es vermehrt den öffentlichen Sprachraum betreten, keineswegs nur als banale Anleihe bei Hannah Arendt. Das Böse scheint nun freigelassen, denn bislang war es im postnational-sozialistischen Deutschland eine Chiffre für den Holocaust. Das Unberührbare, weggesperrt und eingemauert in der Singularitätshypothese – eine psychische Schutzvorrichtung, über die sich in den Worten des israelischen Historikers Alon Confino sagen ließe: Die Deutschen trauten sich selbst, was ihre Ansichten zu Juden betrifft, nicht über den Weg; deshalb stellten sie sich so bedingungslos an die Seite Israels (vgl. Confino 2021).

Nun scheint das Böse also freigelassen aus diesem schwarzen Kasten des deutschen Unterbewusstseins, es wird von Putin inkarniert, aber keineswegs nur von ihm, sondern munitioniert eine neue Sprache der Feindschaft. „Blind oder böse?“ lautete eine Schlagzeile, als die Verantwortlichen der Documenta 15 im Sommer 2022 den Antisemitismus-Vorwurf nicht für

alle medial inkriminierten Bildwerke gelten lassen wollten. Sie hatten nicht etwa nur eine andere Meinung – womöglich eine falsche, mit der sie sich strafbar machen konnten –, sondern sie waren selbst Antisemiten. Wer böse ist, steht als Gegner jenseits des Rahmens moralischer Legitimität; durch seine Ausgrenzung beweist sich das eigene Gutsein. Wie rasch der Begriff des Bösen aus den auf Putin bezogenen Erörterungen in das *Virtue Signaling* des Anti-Antisemitismus hinübergewandert ist, illustriert einmal mehr den Hang zum irrationalen, extremen Sprechen in den Schützengräben der Erinnerungskultur.

VIII. Für ein neues historisches Begreifen

Geschichtsbewusste und historischer Verantwortung verpflichtete Deutsche neigen dazu, Massenverbrechen anderswo vom Nationalsozialismus her zu denken, insbesondere vom Holocaust. Der Begriff Vernichtungskrieg muss sich dann an den Auslöschungspraktiken der Wehrmacht messen, jeder Genozid am Judenmord, und das Wort Deportation scheint unangemessen, solange es sich nicht um Viehwaggons in Richtung auf Vernichtungslager handelt.

Die berechtigte Sorge, keiner Relativierung Vorschub leisten zu wollen, hat eine Kehrseite: Der Nationalsozialismus ist zum Goldstandard für die Bewertung anderer Schwerverbrechen an Zivilisten geworden. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sie beschäftigt schon länger die globale Diskussion über die Anwendung der Genozid-Konvention. Da der Begriff aus der Erfahrung des Holocausts heraus modelliert wurde, zwingt er Opfergruppen weltweit immer wieder in eine Hierarchie des Leids, denn nur in seltenen Fällen kann sich ein Massenmord an Zivilisten strukturell mit dem ultimativen Schicksal der als vermeintliche Rasse zur Vernichtung bestimmten Juden und Jüdinnen messen.

Ethische und politische Fragen, die durch den Ukrainekrieg aufgeworfen wurden, haben diese Debatte nun auch verspätet in Deutschland zu Bewusstsein gebracht. Es wird Zeit, aus progressiver, antifaschistischer und postkolonialer Warte dazu Antworten zu entwickeln. Den Nationalsozialismus ebenso wie die kolonialen Verbrechen in den Kontext internationaler Gewalterfahrungen zu stellen, ist nun noch dringlicher geworden.

Zwischen den Klippen der neuen Unübersichtlichkeit bedarf es dabei nicht nur klugen Manövrierens, sondern einer Neubesichtigung politisch-ethischer Überzeugungen und einer Neugrundierung historischen Begreifens.

Dazu gehört die Anerkennung, dass Imperialismus nicht allein ein westliches Phänomen ist, auch wenn er sich als europäisch-expansiver Kolonialismus am tiefsten in die bisherigen Weltverhältnisse eingeschrieben hat. Es

bedarf zugleich argumentativer Zurückweisung, wenn sich osteuropäische revisionistische Geschichtserzählungen nun in vermeintlicher Fortschrittlichkeit postkolonial gerieren; Respekt für Dissidenz verlangt auch im Fall Russland nicht Zustimmung. Und es gibt selbst in Kriegszeiten Alternativen zur Identifikation mit Staat, Nation und einem Militärbündnis. Allerdings finden sie sich nicht mehr in reflexhaften Parteinahmen mit diesen oder jenen Kräften des globalen Südens oder der Dritten Welt, sondern in der mühsamen Suche nach neuen transnationalen Perspektiven.

In den eng gewordenen deutschen Diskursräumen hat die Qualität von Analyse und Urteilskraft gelitten, ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Nur wenn wir das Denken in Essenzialismen – singulärer Holocaust, singuläres Israel, singulärer Antisemitismus – überwinden, wird sich eine Erinnerungskultur im Geist von Inklusion und Solidarität entwickeln lassen. Sie muss Rücksicht nehmen auf die besonderen deutschen Empfindlichkeiten; vor allem aber muss sie den bisher weitgehend ausgeschlossenen postmigrantischen Teilen der Gesellschaft Bühnen der Beteiligung bieten.

Der Anspruch, bestimmen zu können, wer auf der Welt leben darf und wer nicht, wurde im Völkermord an Juden und Jüdinnen zu einem besonderen Grad an Radikalität gesteigert. Doch rassistische Hierarchien, die massenhaftes Töten erlaubten, kannte die europäische Expansion seit ihrem Beginn im 15. Jahrhundert. Wenn wir die Shoah nicht als einen versiegelten Sonderfall, sondern als furchtbarste Konsequenz einer gewalttätigen Aussonderung betrachten, die nicht nur mit Jüdinnen/Juden und nicht nur mit Deutschen zu tun hat, bewahren wir die Holocaust-Erinnerung auf zukunftsfähige Weise.

Zwischen 1945 und 1949, als sich NS-Täter vor den Tribunalen in Nürnberg verantworten mussten, begingen Franzosen, Briten und Niederländer in ihren Kolonien Verbrechen, die nach den Kriterien des Nürnberger Statuts gleichfalls *crimes against humanity* waren. Die Verweigerung einer Universalität, die sich an der Gleichheit der Menschen und dem gleichen Recht auf Unversehrtheit orientiert, zieht sich bis in unsere Tage, als Normalität einer moralischen Asymmetrie.

Welches Leid hat Stimme, welcher Schmerz spricht zur Welt? Nur wenn wir eine Skalierung in bedeutsame und unbedeutsame Tote entschieden zurückweisen, wie sie sich in den westlichen Kriegen der letzten zwei Jahrzehnte etabliert hat und mit den sogenannten Kollateralschäden von Sicherheitspolitik, können wir uns einem inklusiven Verständnis von Menschlichkeit nähern.

Der Weg hin zu einem planetarischen Gemeinwesen, das auf der Idee gegenseitiger Anerkennung als Gleiche basiert, beginnt damit, jedes Leben als gleichermaßen prekär und schutzwürdig zu betrachten. Ein solch radikaler

Humanismus würde sich einschreiben in die Suche nach einem Weltverständnis, das die Ökonomien der Empathie überwindet und die kolonialen Verletzungen des Gemeinsamen zu reparieren sucht.

Literatur

- Burg, Avraham (2022): „Israel hat Antisemitismus zum politischen Instrument gemacht“. In: *Berliner Zeitung*, 28.7.2022, <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/ex-knesset-sprecher-israel-hat-antisemitismus-zum-politischen-instrument-gemacht-li.250643>, letzter Aufruf: 3.4.2023.
- Confino, Alon (2021): „Holocaust-Gedenken, Antisemitismus und Menschenrechte“. In: *Geschichte der Gegenwart*, 16.6.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/holocaust-gedenken-antisemitismus-und-menschenrechte/>, letzter Aufruf: 3.4.2023.
- Contreras, Jazmine (2022): „Russia, the Dutch Far Right, and the Politics of World War II Remembrance“. In: *New Fascism Syllabus*, 7.7.2022, <http://newfascismsyllabus.com/opinions/ukrainian-dispatches/russia-the-dutch-far-right-and-the-politics-of-world-war-ii-remembrance/>, letzter Aufruf: 3.4.2023.
- Khatib, Sami (2022): „Singularitätseffekte“. In: Neiman, Susan, & Michel Wildt (Hg.): *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*. Berlin 2022, S. 59-74.
- Segal, Raz, & Amos Goldberg (2022): „Distorting the Holocaust to Boost the International Arms Trade“. In: *The Nation*, 26.7.2022, <https://www.thenation.com/article/world/holocaust-bulgaria-elbit/>, letzter Aufruf: 3.4.2023.
- Wiedemann, Charlotte (2022): „Holocaust und Nakba. In Deutschland nicht aussprechbar“. In: *Taz*, 8.12.2022 <https://taz.de/Holocaust-und-Nakba/!5896725/>, letzter Aufruf: 3.4.2023.
- Wildt, Michael (2022): „Was heißt: Singularität des Holocaust?“. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Bd. 19, Nr. 1, S. 128-147, Online-Ausgabe: <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2022/6022>, letzter Aufruf: 3.4.2023 (<https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2405>).

Anschrift der Autorin:
Charlotte Wiedemann
chawi@gmx.net